

UBK
2011

Kassel, den 18.04.2011



Jusos
Kassel-Stadt

[BESCHLUSSBUCH]

zur Juso-Unterbezirkskonferenz des Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am
16.04.2011 im Wilhelm-Pfannkuch-Haus Kassel.

Inhalt

A1	Mehr Europa wagen! Europa weiter demokratisieren	S. 02
A2	Soziale Gerechtigkeit statt Auflagen, Tests und ökonomischem Nutzenkalkül – Für eine neue Integrationspolitik!	S. 05
A3	„Freiwillig. Etwas bewegen!“	S. 06
A4	Gleichstellung jetzt!	S. 08
A5	Gemeinschafts- statt Mittelstufenschulen!	S. 09
A6	Öffentliche Aufträge: Schaffung eines „Ausbildungskriteriums“	S. 10
A7	Schluss mit den Kriegsspielen – Bundeswehr raus aus Bildungseinrichtungen!	S. 11
A8	Basiskonferenz fortsetzen	S. 13
A9	CSD 2011. Wir sind dabei!	S. 14
A10	Austausch fördern!	S. 15
A11	Wildtierzirkusse	S. 16
A12	Kostenlose Mittagsverpflegung für alle SchülerInnen	S. 17
A13	Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen	S. 18
A14	Sofortige Übernahme der steigenden Kosten für die Kitaplätze durch das Land Hessen	S. 19
A15	NPD-Verbotsantrag	S. 20
A16	Dem demokratischen Sozialismus verpflichtet!	S. 21
A17	Keine Wiederanschaltung!	S. 22
A18	Private Militärdienstleister	S. 23
A19	Die Internationale	S. 25
A20	Juso-Mitgliedschaft stärken!	S. 27
A21	Vorrang für Bildung, Ökologie und lebenswerte Städte	S. 28
A22	EU-Schutzzoll	S. 31
A23	Emmissionszertifikate	S. 33

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **1**

Antragsteller: Johannes Gerken

Mehr Europa wagen! Europa weiter demokratisieren

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
S&D-Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament

1 Seit etwas mehr als einem Jahr ist der Vertrag von Lissabon in Kraft und bildet nach dem
2 gescheiterten Versuch eine europäische Verfassung zu begründen die verfasste Grundlage
3 der Arbeit der Europäischen Union. Das Europäische Parlament hat mehr Mitsprachemög-
4 lichkeiten bekommen und auch die nationalen Parlamente dürfen sich über mehr Beteili-
5 gungsmöglichkeiten freuen. Doch gerade hierin liegt ein neues Missverständnis europäischer
6 Zusammenarbeit vor. Die Europäische Union wird zurzeit ihrem Anspruch nicht gerecht eine
7 gemeinschaftlich organisierte supranationale Institution zu sein. Supranational wohnt der
8 Gedanke inne, dass die EU eine Organisation ist, die über den nationalen politischen Inte-
9 ressen und Politiken steht und handelt. Das Bild der Union ist allerdings weiterhin ein inter-
10 nationales. Die Arbeit innerhalb der EU ist von einer Politik geprägt, die zwischen den Staa-
11 ten ausgehandelt wird und nicht von einem über den nationalstaatlichen Kontext hinausge-
12 henden Politikansatz. Dies ist der eigentliche Ausgangspunkt für das viel zitierte Demokra-
13 tiedefizit. Ziel muss es daher sein Lissabon in die folgende Richtung weiterzuentwickeln.

14 *Stellung des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge der EU ausbauen!*

15 Die Stellung des Europäischen Parlaments innerhalb der Institutionen der EU ist auch nach
16 Lissabon weiter auszubauen. So muss es Forderung bleiben, dass dem EP in allen europäi-
17 sierten Politikbereichen Mitsprache zugebilligt wird. Außerdem müssen dem Parlament end-
18 lich die kompletten Haushaltsbefugnisse zustehen. Das Europäische Parlament muss stärker
19 zu dem entscheidenden Forum europäischer Politik werden, schließlich ist es diejenige Insti-
20 tution mit der größten Legitimation durch alle Bürgerinnen und Bürger der Union. Für die
21 Identifikation mit der Europäischen Union ist das EP ein großer Faktor, auch deshalb muss
22 darüber nachgedacht werden, inwiefern das Parlament bei der Besetzung der Kommission
23 ein gewichtigeres Wort mitsprechen kann. Hierbei kommt den europäischen Parteien eine
24 wichtige Rolle zu. Sie müssen Ausgangspunkt bei der Besetzung der Kommission sein, nicht
25 die nationalen Regierungen.

26 *Die Kommission, oder: Was bedeutet europäisches Regieren?*

27 Auch die Kommission ist zurzeit eher ein verlängerter Arm der nationalen Regierungen. 27
 28 Kommissionsmitglieder sind deutlich zu viele und verstärken lediglich den Eindruck einer
 29 „aufgeblasenen“ EU-Bürokratie. Die Lissabon-Entscheidung die Kommission zu verkleinern
 30 bleibt deshalb richtig. Schwierig bleibt dennoch das Selbstverständnis der Kommission zwi-
 31 schen „starkem Gesetzgeber“ und „Verwalter“. Die Losgelöstheit der Kommission vom EP
 32 ist und bleibt jedenfalls eines der größten Vergehen gegen ein demokratisches Europa. Des-
 33 halb muss die Forderung nach einer ausgeweiteten Rolle des Parlaments bei der Besetzung
 34 der Kommission noch einmal deutlich wiederholt werden.

35 Der EU-Präsident und die europäische „Außenministerin“ nach nationalen Gnaden

36 Große Neuerungen versprochen auch die Einführung einer/eines ständigen PräsidentIn des
 37 Europäischen Rates sowie der/die mit „etwas“ mehr Handlungsspielraum ausgestattete Ho-
 38 che VertreterIn für die Außen- und Sicherheitspolitik. Schon bei der Einsetzung der Amtsinha-
 39 berInnen wurde aber deutlich, wie diese neuen politischen Ämter zu verstehen sind. Sie sind
 40 Papiertiger nach Gnaden der Mitgliedsstaaten. Hier wurde keine europäische Geschichte
 41 geschrieben, sondern Ämter geschaffen, die den nationalen Regierungen nicht weh tun. Ziel
 42 muss es aber auch hier sein, dass der/die EU-PräsidentIn und der/die EU-AußenministerIn
 43 als starke europäische Akteure auftreten. Hierfür gilt es, sicherzustellen, dass der/die Präsi-
 44 dentIn eine europäische Identifikationsfigur wird, der für die europäische Idee supranational
 45 wirbt! Die aktuelle Ausgestaltung dieses Amtes trägt hierzu allerdings nur wenig bei. Viel-
 46 mehr muss darüber nachgedacht werden, ob es nicht auch möglich ist, ein solches Amt di-
 47 rekt durch die Bürgerinnen und Bürger der Union wählen zu lassen.

48 Die nationalen Regierungen als Entscheidungsträger europäischer Politik

49 Die Stellung der nationalen Regierungen innerhalb der EU ist sehr exponiert. Dies wird dem
 50 supranationalen Gedanken nicht gerecht. Die nationalen Regierungen treten im europäi-
 51 schen Kontext als Gesetzgeber mit weiten Befugnissen auf. Die europäische Demokratie
 52 leidet hierunter aber massiv. Europa ist föderal. Dies gilt es festzuhalten. Anders als im nati-
 53 onalen Kontext Deutschlands ist die aktuelle europäische Ausgestaltung allerdings fragwür-
 54 dig. Die weiten Befugnisse, die die nationalen Regierungen innehaben, vergrößern das De-
 55 mokratiedefizit und führen dazu, dass das Bild eines vereinigten Europas weiter verzerrt
 56 wird. Will Europa also mehr sein als nur die Bühne für einen internationalen Austausch,
 57 müssen die Kompetenz der nationalen Regierungen zugunsten der demokratisch legitimier-
 58 ten europäischen Institutionen verkleinert werden. Europa darf nicht weiter eine Plattform zur
 59 Herausstellung nationaler Einzelinteressen sein, sondern muss sich seiner Rolle als Ideen-
 60 und Lösungspartner aller Unionsbürgerinnen und -bürger klar werden. Es liegt in der Natur
 61 der Sache, dass hierfür die nationalen Regierungen mehr Teil des Problems sind als sie Teil
 62 der Lösung sein können.

63 Die europäische Idee weiterentwickeln

64 Europa war lange Zeit ein Projekt der nationalen Regierungen. Doch wird deutlich, dass die-
 65 se Phase ein vorläufiges Ende gefunden hat. Nationale Interessen stehen mittlerweile stär-
 66 ker im Vordergrund als die Arbeit an der europäischen Idee. Dies hat die Euro-Krise oder
 67 auch der Umgang mit den Demokratiebewegungen in der arabischen Welt gezeigt. Europa
 68 war die Antwort auf neue Herausforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts, doch zeigt sich
 69 heute deutlich, dass die EU diesem Anspruch zurzeit nicht gerecht wird. Wollen wir es also
 70 schaffen, dass das Projekt Europa nicht endet, müssen wir handeln und Europa zu einem

71 Projekt seiner Bürgerinnen und Bürger und nicht der nationalen Regierungen machen. Lasst
72 uns mehr Europa wagen!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **2**

Antragsteller: Johannes Gerken

**Soziale Gerechtigkeit statt Auflagen, Tests und ökonomischem
Nutzenkalkül – Für eine neue Integrationspolitik!**

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

- 1 Wir fordern den neuen Juso-Bezirksvorstand dazu auf, einen Arbeitskreis Integration zu bil-
- 2 den, der sich der Aufgabe annimmt die weitere programmatische Aufstellung des Juso-
- 3 Bezirks Hessen-Nord zu erarbeiten und als Austauschgremium der einzelnen Unterbezirke
- 4 dient.

Begründung:

Die Debatte über Integrationspolitik ist in Deutschland wieder einmal aktuell, doch leider nicht im konstruktiven Sinne, sondern auf einem Niveau, welches vielmehr dem eines Stammtisches entspricht, wenn nicht gar als rechtsextrem beschrieben werden kann. Wir reden nicht darüber, was Integration für positive Auswirkungen auf unser kulturell-gesellschaftliches Leben hat, sondern über so genannte „Integrationsverweigerer“ und „Parallelgesellschaften“. Es scheint als gebe es den größten Konsens noch darüber, dass Einwanderung nötig sei, um einen „Fachkräftemangel“ auszugleichen. Diese ökonomische Herangehensweise wird den Menschen, die ein Leben in einer „fremden“ Gesellschaft beginnen wollen, aber überhaupt nicht gerecht. Integration darf nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert werden, vielmehr müssen die Menschen in den Mittelpunkt stehen. Für unseren Politikansatz kann dies nur bedeuten endlich soziale Gerechtigkeit und somit eine Teilhabegesellschaft zu erreichen, bei der jede und jeder nach seinen Wünschen, Vorstellungen und Talenten partizipieren kann!

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **3**

Antragsteller: Sabine Wurst

„Freiwillig. Etwas bewegen!“

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Wir fordern die Abgeordneten auf, sich für ein beschleunigtes Verfahren beim Gesetzesver-
- 2 fahren für die beiden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein-
- 3 gebrachten neuen Dienstarten für Freiwilligendienste einzusetzen.
- 4 Zukünftig soll darauf hingewirkt werden, dass solche weitreichenden Gesetze frühzeitig bera-
- 5 ten und verabschiedet werden, damit sich alle Betroffenen mit der neuen Gesetzeslage
- 6 auseinander setzen können.

Begründung:

Unter dem Motto "Freiwillig. Etwas bewegen!" findet 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft, kurz EJF 2011, statt. Genau in diesem Jahr führt die Regierung zwei neue Dienstarten für Freiwilligendienste ein. Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Hier verpflichten sich Frauen und Männer verbindlich für eine zeitlich befristete Hilfstätigkeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen.

Durch die Aussetzung des Wehrdienstes 2011 wird auch der bisherige Zivildienst wegfallen.

Zum 1. Januar 2011 ist der neue Auslandsfreiwilligendienst des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartet. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plant ebenfalls die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes. Dieser neue Dienst soll zum 1. Juli 2011 beginnen.

Das Gesetz zur Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes muss noch vom Bundestag verabschiedet werden.

Daher ist es den Interessenten, den Trägern und den Einsatzstellen bisher nicht möglich verbindliche Auskünfte und Verträge zu bekommen.

Mit einem so unkoordinierten Verfahren gefährdet man die hohe Bereitschaft insbesondere junger Menschen zu einem besonderen bürgerschaftlichen Engagements, die Vielfalt der Trägerlandschaft und die breite Zahl an Einsatzstellen. Das kann nicht im Interesse der Gesellschaft sein.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **4**

Antragsteller: Sabine Wurst

Gleichstellung jetzt!

Angenommen bei einer Gegenstimme.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

- 1 Noch immer sind nur drei Prozent (5 von 187) der DAX-Vorstände an Frauen vergeben. Hier
- 2 schließt ein patriarchalischer Männerbund immer noch Frauen systematisch aus. Freiwillig
- 3 ändert dies die Wirtschaft nicht, wie die freiwilligen Selbstverpflichtungen in vergangenen
- 4 Jahren zeigen. Daher fordern wir eine verbindliche Quote für Frauen in Führungspositionen.
- 5 Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung des Ehegattensplittings. Diese fördert das tradi-
- 6 tionelle Frauenbild, bei dem der Mann für den Broterwerb arbeitet und die Frau zu Hause
- 7 bleibt. Diese Diskriminierung wollen wir beenden.

Begründung:

Deutschland ist leider immer noch weit davon entfernt, ein Land zu sein, in dem Frauen und Männer die gleichen Chancen haben. Das ist das Ergebnis des ersten Berichtes zur Gleichstellung in Deutschland. Diesen hatte eine Sachverständigenkommission Ende Januar 2011 der Bundesregierung übergeben.

Das Ehegattensplitting schafft die falschen Anreize. Es unterstützt ein Partnerschaftsmodell, in dem meistens der Mann Hauptverdiener ist. So wird unnötige finanzielle Abhängigkeit geschaffen und weibliche Arbeit abgewertet.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **5**

Antragsteller: Johannes Gerken

Gemeinschafts- statt Mittelstufenschulen!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

1 Die Hessische Landesregierung plant zurzeit die Einführung der so genannten Mittelstufen-
2 schule. Eine Kombination der bisherigen eigenständigen Schulformen Real- und Hauptschu-
3 le. Wir begrüßen die Einsicht der CDU und der FDP, dass das dreigliedrige Schulsystem
4 gescheitert ist. Nur ist die Mittelstufenschule hierauf keine adäquate Antwort! Der Etiketten-
5 schwindel wird schnell deutlich, wenn man sieht, dass innerhalb dieser neuen Schulform in
6 die beiden bisher eigenständigen Bildungsgänge Real- und Hauptschule differenziert werden
7 soll. Außerdem wird innerhalb der neuen Schulform ein zu starker Fokus auf berufliche Bil-
8 dung gelegt. So sollen die Schülerinnen und Schüler bereits während ihrer „allgemeinen“
9 Schulausbildung teilweise an Berufsschulen beschult werden. Sicherlich sollte die Berufsori-
10 entierung eine Rolle in der schulischen Ausbildung spielen, eine zu starke Fokussierung auf
11 diesen Bereich wird dem Anspruch, Schülerinnen und Schülern auch den Weg zu „höherer“
12 Bildung zu öffnen, allerdings nicht gerecht. Das Bildungsverständnis, nachdem die Schule
13 die Schülerinnen und Schüler dazu befähigen soll ein selbstbestimmtes Leben in einer de-
14 mokratischen Gesellschaft führen zu können, wird hier wieder einmal ökonomischen Interes-
15 sen geopfert. Die „neue“ Mittelstufenschule ist daher kein Modell, das wir unterstützen, statt-
16 dessen muss das Schulsystem endlich zu einem integrativen Gemeinschaftsschulsystem
17 weiterentwickelt werden!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **6**

Antragsteller: Johannes Gerken

Öffentliche Aufträge: Schaffung eines „Ausbildungskriteriums“

*Bei einer Gegenstimme überwiesen an den Juso-
Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt*

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Wir fordern die Stadt Kassel auf, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen als ein weiteres
- 2 Vergabekriterium die Ausbildungssituation in den Bewerberbetrieben zu berücksichtigen.
- 3 Dabei sind Unternehmen, die ausbilden, solchen vorzuziehen, die nicht ausbilden.

Begründung:

Die Stadt Kassel sollte weitere Anreize dafür schaffen, dass Unternehmen mehr junge Menschen ausbilden. Hierzu kann ein entsprechendes Vergabekriterium erfolgreich beitragen, das die Bemühungen der ausbildenden Betriebe über die Vergabe von Aufträgen honoriert!

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **7**

Antragsteller: Oliver Schmolinski

Schluss mit den Kriegsspielen – Bundeswehr raus aus Bildungseinrichtungen!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

1 Ausgangslage:

2 Das Bundesministerium der Verteidigung hat in letzter Zeit mehrere Kooperationsverträge
3 mit Bundesländern wie Sachsen, Nordrhein-Westfalen oder Hessen geschlossen. Bis Ende
4 2010 existierten insgesamt acht Verträge mit acht Bundesländern. Darin wird vereinbart, in
5 welchen Rahmen die Bundeswehr an den Schulen für sich als Institution und Arbeitgeber
6 werben darf. Dies wird vor allem von speziell ausgebildeten JugendoffizierInnen übernom-
7 men. Bundesweit gibt es etwa 100 solcher OffizierInnen, die Schulen im Politikunterricht be-
8 suchen, Kasernenbesuche anbieten oder das Planspiel Polis durchführen.

9 Auch an den Hochschulen nimmt die Präsenz der Bundeswehr deutlich zu. In Potsdam wur-
10 de der Studiengang Military Studies eingerichtet, der zu Großteilen von der Bundeswehr fi-
11 nanziert wird und vor allem militärsoziologisch arbeitet. Das Ministerium der Verteidigung
12 nimmt jährlich Milliardenbeträge für Drittmittelforschung an öffentlichen Hochschulen in die
13 Hand. Dabei wird interdisziplinär geforscht, etwa an Spezialkeramik für Hubschrauberpanze-
14 rungen oder für „angewandte Ethnologie und Militär“.

15 Selbstverständnis:

16 In den 2009 beschlossenen 63 Thesen für eine jungsozialistische Politik steht: „Für uns ist
17 das Militär Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Wir arbeiten langfristig an einer Welt
18 ohne Militär.“ Wir JungsozialistInnen in der SPD verstehen uns als AntimilitaristInnen und
19 kämpfen für eine Welt ohne Militär und Kriege.

20 Unsere Forderungen:

- 21 • Schluss mit den Kooperationen von Bundeswehr und den Bundesländern
- 22 • Abschaffung aller JugendoffizierInnen und ein Ende jeder Kooperation von Militär und
- 23 Schulen

- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- Einführung einer Zivilklausel in bundesweit allen Hochschulgesetzen. Die Zivilklausel schreibt den Hochschulen vor, dass nur für zivile Zwecke geforscht werden darf. Eine solche Klausel gab es etwa schon bis zur schwarz-gelben Regierungsübernahme im niedersächsischen Hochschulgesetz.
 - Die Bundeswehr darf keine Veranstaltungen an Schulen und Hochschulen durchführen.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **8**

Antragsteller: Sabine Wurst

Basiskonferenz fortsetzen!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

- 1 Wir fordern die jährliche Durchführung der Basiskonferenz für den Unterbezirk. Die Ergeb-
- 2 nisse der Basiskonferenz werden protokolliert und an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- 3 versendet, sowie auf der Homepage veröffentlicht. Die Ergebnisse der Konferenz werden in
- 4 die Arbeit des Vorstandes aufgenommen und auf den folgenden Parteitag wird der Vor-
- 5 stand über den Fortgang berichten und zur Aussprache darüber aufrufen.

Begründung:

Am 13. März 2010 hat die erste und letzte Basiskonferenz der Kasseler SPD im Philipp-Scheidemann-Haus stattgefunden. Leider sind die Ergebnisse weder in den Parteitag der eine Woche später stattgefunden hat noch in die Arbeit des Unterbezirksvorstandes der Kasseler SPD eingeflossen.

Wir begrüßen, dass die SPD aus den Wahlniederlagen auf Bundes- und Landesebene und den Unstimmigkeiten in der Partei der letzten Jahre gelernt hat und eine Erneuerung von unten anstrebt. Die Basiskonferenz sollte hierfür im besonderen Maße genutzt werden. Nur so kann die Volkspartei SPD auch in Zukunft bestehen und Menschen von Politik begeistern.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag 9

Antragsteller: Sabine Wurst

CSD 2011 – Wir sind dabei!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

- 1 Die Kasseler Jusos werden erneut am CSD am 09. Juli 2011 in Kassel teilnehmen und sich
- 2 damit für ein Leben frei von Diskriminierung einsetzen. Wir fordern den SPD Unterbezirk auf,
- 3 ebenso am CSD teilzunehmen.

Begründung:

Der CSD erinnert an den ersten, bekannt gewordenen Aufstand von Homosexuellen. Diskriminierung von Homosexuellen ist auch in Kassel immer noch aktuell, daher ist es nötig das Thema weiterhin in der öffentlichen Wahrnehmung zu halten um Verbesserungen herbeizuführen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **10**

Antragsteller: Sabine Wurst

Austausch fördern!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

- 1 Der Juso Unterbezirksvorstand bemüht sich um mehr gemeinsame Veranstaltungen mit an-
- 2 deren Unterbezirken um den internen Austausch zu fördern. Dazu lädt er quartalsweise Ver-
- 3 treterinnen und Vertreter anderer Unterbezirke, auch aus anderen Bezirks- und Landesver-
- 4 bänden zu Berichten oder gemeinsamen Aktionen ein.

Begründung:

Die Unterbezirke profitieren von einem gemeinsamen Austausch. Die Mitglieder können sich dabei vernetzen und unterschiedliche Herangehensweisen und Argumentationslinien austauschen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **11**

Antragsteller: Sabine Wurst

Wildtierzirkusse

Einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

- 1 Die Stadt Kassel wird aufgefordert:
- 2 1. keine Plätze mehr an Wildtierzirkusse zu vergeben.
- 3 2. keine Werbeflächen an diese zu vermieten.

Begründung:

Kassel war eine fortschrittliche Stadt und hatte Wildtierzirkusse verboten. Es sollte Position der Jusos sein, gegen die Unterdrückung der wehrlosen vorzugehen. Darum bitte ich dich/euch. Denn letztlich ist es ein Geschäftsmodell, welches einzig und allein auf die Ausbeutung von Tieren basiert.

Der Begründer des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (Widerstandsgruppe gegen Nazis, Mitglieder waren Atheisten und Vegetarier), Göttinger Philosoph und eben Sozialist schrieb dazu:

In diesem Sinne forderte er von seinen GenossInnen, soweit möglich "als Sozialisten zu leben." "Wer gegen die Ausbeutung mit Erfolg kämpfen will, der darf nicht seine eigenen Ausbeuter unterstützen. [...] Ein Arbeiter [...] kann das auch, indem er seine Frau und seine Kinder prügelt. Ja, er kann das in einer noch viel schlimmeren Weise. Er kann das, indem er dasselbe, was der Kapitalist mit ihm macht, mit denen tun, die sich gegen ihn noch viel weniger wehren können als er gegen die Kapitalisten - die die Allerwehrlosesten sind, die sich nie durch eine Koalition zusammentun können, um allmählich ihre Rechte in einem Klassenkampf zu erobern. Ein Arbeiter, der nicht nur ein ‚verhinderter Kapitalist‘ sein will, und dem es also Ernst ist mit dem Kampf gegen jede Ausbeutung, der beugt sich nicht der verächtlichen Gewohnheit harmlose Tiere auszubeuten, der beteiligt sich nicht an dem täglichen millionenfachen Mord, der an Grausamkeit, Rohheit und Feigheit alle Schrecknisse des Weltkriegs in den Schatten stellt, - das sind Angelegenheiten, Genossen, die entziehen sich der Abstimmung. [...] Entweder man will gegen die Ausbeutung kämpfen, oder man läßt es bleiben. Aber wer als Sozialist über diese Forderungen lacht, der weiß nicht, was er tut. Der beweist, daß er nie im Ernst bedacht hat, was das Wort ‚Sozialismus‘ bedeutet."

Für mich ist es genau das. Eine Gerechtigkeitsdebatte. Wer gibt uns das Recht, Tiere einzusperren und qualvoll unnatürliches Verhalten beizubringen? Denn Zweifellos können Tiere Angst spüren, leiden, Freude empfinden, kurzum, sind empfindungsfähige Wesen. Wenn du dir weiter unten das Video über die Tiere von Zirkus Crone (größter Deutscher Zirkus) anschaut wirst du, so hoffe ich, ähnlich empfinden.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **12**

Antragsteller: Sebastian Maier

Kostenlose Mittagsverpflegung für alle SchülerInnen

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Die Jusos Kassel-Stadt fordern die politisch Verantwortlichen der kommunalen Gebietskör-
- 2 perschaften und des Landes Hessen auf, ein kostenloses warmes Mittagessen für alle
- 3 Schüler/innen im Land Hessen anzubieten und die hierfür notwendigen Einrichtungen zu
- 4 schaffen. Eine Kostenbeteiligung der Kinder/Eltern in jedweder Höhe ist hierbei abzulehnen
- 5 um Ausgrenzungen von vornherein zu vermeiden. Ein entsprechend vielfältiges Angebot
- 6 muss Rücksicht auf ethische, gesundheitliche und religiöse Aspekte nehmen.

Begründung:

Das gemeinsame Einnehmen eines warmen Mittagessens ist aus Sicht der Jusos Kassel-Stadt ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lernens und der Gesundheitserziehung. Gerade in Zusammenhang mit der Ganztagschule kommt dem gemeinsamen Mittagessen in der Schule eine besondere Bedeutung zu. Es gehört zum integralen Bestandteil des Ganztagschulangebots.

Erfolgreiches Lernen setzt voraus, dass sich die Kinder ausreichend und gesund ernähren, jedoch gibt es Hinweise, dass immer mehr Kinder nicht am gemeinsamen Essen in der Familie teilnehmen. Das Mittagessen gehört u. E. zum pädagogischen Auftrag der Schule und damit auch in die Verantwortung der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften bzw. des Landes Hessen.

Die Teilnahme aller Kinder am Mittagessen mildert die von den Kindern nicht zu verantwortende Ausgrenzung ab und schafft die Voraussetzung für erfolgreiche Teilhabe am Unterricht.

Das gemeinsame Essen ist ein wichtiger Punkt sozialen Lernens, bei der Realisierung des Angebots sind unbedingt die vielfältigen Erfahrungen der freien Träger der Jugendhilfe zu nutzen und Schule in diesem Kontext zu öffnen..

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **13**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Vom Antragsteller zurückgezogen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **14**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

Sofortige Übernahme der steigenden Kosten für Kitaplätze durch das Land Hessen

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag

- 1 Die Kasseler Jusos fordern die hessische Landesregierung auf, alle entstehenden Kosten für
- 2 die Kindertagesstätten endlich zu übernehmen. Das Land Hessen hat mehrfach zugesagt für
- 3 die Mehrkosten aufzukommen. Bei der Umsetzung der so genannten "Verordnung über Min-
- 4 destvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder" (Mindestverordnung) müssen sei-
- 5 tens des Landes Hessen konkrete Aussagen über Art und Umfang sowie über den Zeitplan
- 6 zur Erstattung zusätzlicher Personalkosten in den Kindertageseinrichtungen gemacht wer-
- 7 den.

Begründung:

Entsprechend dem Konnexitätsprinzip darf das Land Hessen keinesfalls diesen Mehraufwand auf die Kommunen abwälzen. Zahlreiche hessische Kommunen müssen wegen der Weigerung des Landes weitere Schulden anhäufen. Die Mehrkosten für die Personalaufstockung in den hessischen Kitas in Folge der Mindestverordnung trägt zur Verbesserung der Qualität in den Kitas bei. Die Klärung der Kita-Finanzierung ist von entscheidender Bedeutung für die kommunale Handlungsfähigkeit und hat einen direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der hessischen Kommunen.

'Mehr Personal für weniger Kinder' muss weiterhin die Devise sein – sowohl in Kassel als auch in anderen Kommunen Hessens.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **15**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

NPD-Verbotsantrag

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundekongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Die Kasseler Jusos fordern einen neuen Anlauf für ein Verbotsverfahren gegen die rechts-
- 2 extreme, antisemitische, rassistische und ausländergefeindliche NPD. Weiterhin fordern wir,
- 3 dass das Bundesverfassungsgericht über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD ent-
- 4 scheidet. Die Kasseler Jusos sehen die Chancen als durchaus gegeben, den Verbotsantrag
- 5 auf Basis des Artikels 21, Abs. 2 GG zu stellen, wonach Parteien, die nach ihren Zielen oder
- 6 nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische
- 7 Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik
- 8 Deutschland zu gefährden, als verfassungswidrig eingestuft werden können.

Begründung:

Die NPD ist eine Partei, die in aktiv kämpferischer Weise darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Sie ist deswegen verfassungswidrig. Die NPD wendet sich durch ihre Ziele und das Verhalten ihrer Anhänger gegen das von der Menschenwürde und den Grundrechten her konzipierte Demokratieprinzip, den Parlamentarismus, die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip. Weiterhin negiert die NPD die Menschenwürde, das Gleichheitsgebot und die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und strebt damit eine Willkürherrschaft an. Hervorzuheben ist die Gewaltbereitschaft und die ideologische Intoleranz dieser Partei, sowie ihre Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus.

Die wieder erstarkte NPD in Sachsen-Anhalt veranschaulicht die dringende Notwendigkeit entsprechende Maßnahmen in Form eines Verbotsantrags einzuleiten, um rechtes Gedankengut einzudämmen. Die rechtstextremistische NPD darf nicht länger über Staatsgelder mitfinanziert werden.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **16**

Antragsteller: Johannes Gerken

Dem demokratischen Sozialismus verpflichtet!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Bezirksvorstand Hessen-Nord

- 1 Der demokratische Sozialismus ist Antrieb unserer Arbeit, Ziel und Grundgerüst unserer Ge-
- 2 sellschaftsvorstellung.
- 3 Aus diesem Grunde fordern wir den neuen Juso-Unterbezirks- und Bezirksvorstand auf, im
- 4 nächsten Jahr verstärkt auch das „Themenfeld Sozialismus“ zu bearbeiten, damit wir nord-
- 5 hessische JungsozialistInnen gemeinsam diese Idee genauer erfahren und weiterentwickeln
- 6 können.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **17**

Antragsteller: Johannes Gerken

Keine Wiederanschaltung!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundekongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Auch nach dem 3-monatigen Moratorium dürfen die 8 ältesten deutschen Atomkraftwerke
- 2 nicht wieder ans Netz gehen! Das von diesen Reaktoren ausgehende Sicherheitsrisiko ist zu
- 3 hoch. Dies ist auch ohne Sicherheitsüberprüfung deutlich. Zudem sind die restlichen deut-
- 4 schen Atomkraftwerke schnellstmöglich abzuschalten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung
- 5 muss umlenken und die Laufzeitverlängerungen dauerhaft rückgängig machen und nicht nur
- 6 kurzfristig „aussetzen“.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **18**

Antragsteller: Philipp Robert Reher & Sabine Wurst

Private Militärdienstleister

Einstimmig überwiesen an den Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundekongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Aufträge an private Militärdienstleister müssen öffentlich ausgeschrieben werden.
- 2 **Rechtliche Lage:** Im internationalen Recht wird zwischen Kombattant und Zivilperson unter-
- 3 schieden. Einzig dem Kombattanten ist es gestattet, an Feindseligkeiten teilzunehmen ohne
- 4 strafrechtliche Schritte gegen sich erwarten zu müssen. Mit dem Status des Kombattanten
- 5 sind auch Rechtsfragen der Kriegsgefangenschaft verbunden. Ein Kriegsgefangener genießt
- 6 nach dem dritten Genfer Abkommen und dem ersten Zusatzprotokoll besondere Rechte.
- 7 Nach Artikel 50 ZP I gilt jede Person im Zweifelsfall als Zivilperson und genießt damit
- 8 besonderen Schutz, wie z.B. vor den Auswirkungen der Feindseligkeiten. Dieser wird ihnen
- 9 jedoch nur bei Nichtteilnahme an kriegerischen Handlungen gewährt.
- 10 Zu einer besonderen Gruppe gehört die zivile Gefolgschaft der Streitkräfte. Auch sie erfährt
- 11 einen speziellen Schutz nach Artikel 4 A Ziffer 4GA III. Mit „zivilem Gefolge“ sind zivile
- 12 Besatzungsmitglieder von Militärflugzeugen, Heereslieferanten und Dienstleister, welche mit
- 13 der Versorgung der Truppe betraut sind, bezeichnet. Dieser Status ist klar an die
- 14 Ermächtigung durch die Streitkräfte gekoppelt. Unter diesen Umständen erhält der
- 15 Angestellte den Kombattantenstatus, auch wenn er als Zivilist nicht unmittelbar an den
- 16 Kampfhandlungen beteiligt ist.
- 17 Mit dem Status des Kombattanten ist also unabdingbar die organische Zugehörigkeit zu den
- 18 Streitkräften verbunden. Die Organisation der Streitkräfte obliegt dem Staat, und dieser kann
- 19 selbst entscheiden, ob er bei Eingliederung einer Person in das Militär dieser den Status ei-
- 20 nes Kombattanten verleiht.
- 21 Wir fordern daher des Weiteren:
- 22 1. Eine klare rechtliche Lage, welche keine Ermächtigung privater Militärdienstleister
- 23 allein durch zivile Firmen ermöglicht.
- 24 2. Der Staat muss jeden Auftrag der Firmen welche unter Waffen stehen, Schutz durch
- 25 Waffen benötigen und /oder in gefährlichen Situationen Arbeiten, ratifizieren und den
- 26 Angestellten nach Artikel 4 A Ziffer 4GA III den Schutz des zivilen Gefolges
- 27 gewähren.

Begründung:

Mit dem Status des zivilen Gefolges ist es dem Staat möglich Dienste der privaten Militärdienstleister in Anspruch zu nehmen, ihnen Befugnisse zuzusprechen und Vergehen zu ahnden. Die Geschichte zeigt das ohne eine klare rechtliche Lage und die Koppelung an den Staat, die strafrechtliche Verfolgung sich kaum durchsetzen lässt.

Viel zu viele rechtliche „Schlupflöcher“ ermöglichen es den Privaten sich der Kontrolle zu entziehen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **19**

Antragsteller: Sebastian Maier

Die Internationale

Bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen

1 Der Juso Unterbezirks Kassel-Stadt beendet seine Sitzungen mit dem gemeinsamen Singen
2 der Internationalen (Melody: Pierre Degeyter, deutscher Text von Emil Luckhardt, 1910) und
3 strebt ein solches Verhalten für andere Juso-Gliederungen an. Der/Die Vorsitzende (resp.
4 StellvertreterIn) stimmt hierbei an und die anwesenden Jusos stimmen mit ein. Der Liedvor-
5 trag kann hierbei gerne durch musikalische Begleitung unterstützt werden.
6

7 **Der Liedtext lautet wie folgt:**

8 *Wacht auf, Verdammte dieser Erde,*
9 *die stets man noch zum Hungern zwingt!*
10 *Das Recht wie Glut im Kraterherde*
11 *nun mit Macht zum Durchbruch dringt.*
12 *Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!*
13 *Heer der Sklaven, wache auf!*
14 *Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger*
15 *Alles zu werden, strömt zuhauf!*
16

17 *] : Völker, hört die Signale!*
18 *Auf zum letzten Gefecht!*
19 *Die Internationale*
20 *erkämpft das Menschenrecht. :]*
21

22 *Es rettet uns kein höh'eres Wesen,*
23 *kein Gott, kein Kaiser noch Tribun*
24 *Uns aus dem Elend zu erlösen*
25 *können wir nur selber tun!*
26 *Leeres Wort: des Armen Rechte,*
27 *Leeres Wort: des Reichen Pflicht!*
28 *Unmündig nennt man uns und Knechte,*
29 *duldet die Schmach nun länger nicht!*
30

31 *] : Völker, hört die Signale!*
32 *Auf zum letzten Gefecht!*
33 *Die Internationale*

34 *erkämpft das Menschenrecht. :|*
35
36 *In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,*
37 *wir sind die stärkste der Partei'n*
38 *Die Müßiggänger schiebt beiseite!*
39 *Diese Welt muss unser sein;*
40 *Unser Blut sei nicht mehr der Raben,*
41 *Nicht der mächt'gen Geier Fraß!*
42 *Erst wenn wir sie vertrieben haben*
43 *dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!*
44
45 *|: Völker, hört die Signale!*
46 *Auf zum letzten Gefecht!*
47 *Die Internationale*
48 *erkämpft das Menschenrecht. :|*

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **20**

Antragsteller: Johannes Gerken & Sabine Wurst

Juso-Mitgliedschaft stärken

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

- 1 Das Statut der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen im Bezirk Hessen-Nord (in der geän-
2 derten Fassung vom 24. September 1994) sollte in folgenden Punkten geändert werden:
- 3 • Der Satz „Mitglieder der im § 1 genannten Organe müssen jedoch Mitglieder der SPD
4 sein.“, in den Vorbestimmungen des Statuts, ist ersatzlos zu streichen.
 - 5 • Außerdem gilt es im § 2 Absatz 2 „Auf jeden Unterbezirk entfallen 4 Delegierte, für
6 jede angefangene 600 SPD-Mitglieder ein weiterer Delegierter“ in „Auf jeden Unter-
7 bezirk entfallen 4 Delegierte, für jede angefangene 54 Juso-Mitglieder (einschließlich
8 ausschließlicher Juso-Mitglieder) ein weiterer Delegierter.“ zu ändern.

Begründung:

Das Bezirksstatut der Jusos Hessen-Nord stellt die SPD-Mitgliedschaft über die Juso-Mitgliedschaft. Dies lässt sich an den beiden zu ändernden Abschnitten ablesen. So dürfen laut Statut nur solche Jusos für die Juso-Bezirkskonferenz, den Juso-Bezirksvorstand und den Juso-Bezirksausschuß gewählt werden, die zugleich SPD-Mitglied sind. Dies widerspricht dem Ziel, dass die Jusos sich auch an junge Menschen wenden wollen, die nicht zwangsläufig auch SPD-Mitglieder sein müssen oder sollen! Die Jusos sind von ihrem Selbstverständnis her eine offen angelegte Organisation. Dementsprechend ist es nicht nachvollziehbar, dass lediglich solche Jusos innerhalb der genannten Organe (Bezirkskonferenz, -vorstand und -ausschuß) mitarbeiten dürfen, die zugleich auch SPD-Mitglied sind!

Des Weiteren ist es unverständlich, dass für die Berechnung der Delegiertenzahlen für die Juso-Bezirkskonferenz ausschließliche Juso-Mitglieder nicht berücksichtigt werden! Die jetzige Zusammensetzung der Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord stellt lediglich ein Abbild der SPD-Mitgliedschaft in Nordhessen und nicht der Juso-Mitgliedschaft dar. Für ausschließliche Juso-Mitglieder ist dies nicht nachvollziehbar und zudem zu tiefst undemokratisch. Zudem ist es auch für Jusos mit Parteibuch unverständlich, weshalb die Berechnung der Delegiertenzahlen sich an denen der SPD- und nicht der gesamten Juso-Mitgliedschaft (ausschließliche Jusos plus Jusos mit Parteibuch) richtet. Hier ist also dringender Handlungsbedarf sichtbar!

Auch rechtliche Bedenken an der jetzigen Praxis sind zu berücksichtigen. So steht in den „Grundsätze[n] und Richtlinie[n] für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ zu den Bestimmungen zur Zusammensetzung des Juso-Bundeskongresses: „Bei den Arbeitsgemeinschaften der Jusos, 60 plus und ASF ergibt sich die zu berücksichtigende Mitgliederzahl der SPD aufgrund des Alters bzw. des Geschlechts.“ (Abschnitt II, Abs. 2). Außerdem wird im Abschnitt II, Absatz 4 b festgehalten: „Juso Gastmitglieder können innerhalb ihrer Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Jusos die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen.“ Diese Prinzipien lassen sich daher auch für den Juso-Bezirk Hessen-Nord und seine Organe ableiten!

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **21**

Antragsteller: Michael Reschke

Vorrang für Bildung, Ökologie und lebenswerte Städte

Bei einer Gegenstimme angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

1 Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik. Nur, wenn Bund, Länder und Kommunen über ausrei-
2 chende finanzielle Mittel verfügen, kann Politik Gesellschaft gestalten und das Leben für vie-
3 le Menschen lebenswerter machen. Deswegen darf es in der Steuerpolitik nicht zuerst um
4 häufig abstrakte Fragen der Be- und Entlastung gehen. Vielmehr müssen SozialdemokratIn-
5 nen sich zuerst fragen, wie sie zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen gestalten möchten
6 und erst dann, welche Ressourcen dazu aufgebracht werden müssen.

7

8 In den vergangenen Jahren wurde allen staatlichen Ebenen durch etliche Steuersenkungen
9 insbesondere für die Einkommens- und Vermögensstärkeren unserer Gesellschaft, Geld
10 entzogen, was teilweise zur Handlungsunfähigkeit geführt hat. Die erhofften zusätzlichen
11 privaten Investitionen sind dagegen nicht erfolgt. Vielmehr hat auch diese Politik dazu ge-
12 führt, dass die Ungleichheit in keinem anderen OECD-Land so stark gestiegen ist wie in
13 Deutschland. Der Ruf nach immer neuen Steuer- und Abgabensenkungen – wie schwarz-
14 gelb es praktiziert – führt deswegen in die Irre. Er macht den Menschen vor, sie würden
15 übermäßig belastet, ohne dabei die staatlichen Leistungen zu thematisieren. Die Belastungs-
16 these ist zudem falsch: Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Gesamtabgabenquote im
17 europäischen Mittelfeld, bei der Steuerquote liegt es an vorletzter Stelle.

18

19 Wir SozialdemokratInnen setzen diesem Irrweg ein anderes Bild entgegen: Wir wollen die
20 Gesellschaft gestalten und ein gutes Leben für alle verwirklichen und nicht nur für die, die es
21 sich leisten können. Wir wollen mit dem Irrglauben aufräumen, die Menschen würden über-
22 mäßig belastet. Vielmehr geht es uns darum, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schlie-
23 ßen, der auf Leistung und Gegenleistung beruht. Wir wollen deshalb keine abstrakten Steu-
24 erdiskussionen mehr, sondern unsere Zukunftsprojekte definieren und sie mit konkreten Fi-
25 nanzierungsinstrumenten verbinden. Für uns sind dabei folgende Zukunftsinvestitionen uner-
26 lässlich:

27

- 28 1. Es besteht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass sich die Investitionen in Bildung
29 deutlich erhöhen müssen. Wir wollen gute gebührenfreie Kindertagesstätten für alle.
30 Wir wollen ausreichend und gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen marode

Schulgebäude sanieren und sie gut ausstatten. Wir wollen ein gebührenfreies Studium zu besten Bedingungen. Und wir wollen Weiterbildungschancen für alle eröffnen. Gemessen am OECD-Durchschnitt zahlt Deutschland pro Jahr 20 Mrd. Euro zu wenig für Bildung. Studien gehen sogar von einem Fehlbedarf von 30 Mrd. Euro aus. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss die Ausgaben deswegen schnellstmöglich mindestens auf den OECD-Durchschnitt anheben. Zusätzlich brauchen wir eine mittelfristige Bedarfsanalyse, die die tatsächlich erforderlichen Mittel bemisst.

2. Die Situation unserer Kommunen ist dramatisch. Viele sind bereits handlungsunfähig, da viele Lasten auf sie übertragen wurden. Vor allen Dingen unterbleiben deswegen notwendige Investitionen in die Infrastruktur. Viele Gebäude und Straßen sind deswegen heute schon marode. Wir wollen aber lebenswerte Städte und Gemeinden, die ihren BürgerInnen eine leistungsfähige Infrastruktur und gute öffentliche Dienstleistungen bieten. Nach Studien fehlen den Kommunen allein für Investitionen pro Jahr mindestens sieben Mrd. Euro. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss deswegen neben diesen erforderlichen Investitionen auch den Handlungsspielraum für laufende Ausgaben zurück geben, um selbst gestalten zu können. Auch hier muss eine Bedarfsanalyse her.
3. Fast alle sind sich einig, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit ist. Dem kann nur durch mutiges und entschlossenes Handeln begegnet werden. Dabei allein auf private Investitionen zu setzen, ist ein gefährlicher Weg. Vielmehr muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und zum einen selbst die notwendigen Investitionen etwa in den Ausbau der Schiene vornehmen und zum anderen private Investitionen etwa bei der Gebäudesanierung unterstützen. Im EU-Vergleich hat Deutschland 30 Mrd. Euro weniger öffentliche Investitionen als der Durchschnitt. Neben den kommunalen Investitionen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept also auch Investitionen in den Klimaschutz in Höhe von mehreren Mrd. Euro beinhalten.
4. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrem Sparpaket gerade die Schwächsten in der Gesellschaft massiv belastet. Die Sozialdemokratie hat dies richtigerweise kritisiert. Auch die Auseinandersetzungen zum ALG II Regelsatz machen deutlich, dass die Bundesregierung lieber einen Verfassungsbruch wagt, als allen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Auch hier hat die SPD widersprochen. Wir wollen allen Menschen ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Deswegen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept mindestens die Rücknahme der unsozialen schwarz-gelben Kürzungspolitik sowie die Finanzierung eines menschenwürdigen Regelsatzes beinhalten.

Diese Projekte kosten Geld. Es ist aber gut investiert in die Zukunft und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zur Finanzierung werden Steuerreformen unausweichlich sein. Wir sind aber sicher: Sei es die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Vermögenssteuer, Reformen der Erbschaftssteuer, die gleiche Besteuerung von Kapitaleinkünften, die Finanztransaktionssteuer, die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein geschlechtergerechtes Steuermodell oder die Streichung von unökologischen Subventionen – die Instrumente liegen auf dem Tisch. Man braucht nur den Mut, sie auch anzuwenden.

In diesem Sinne sind auch Diskussionen über die Entlastung von unteren und mittleren Einkommen zwiespältig zu beurteilen. Sie machen Sinn, wenn die Einkommensgruppen entlastet werden, die heute durch Sozialversicherungsabgaben tatsächlich stark belastet werden.

80 Es muss aber klar sein, dass alle vorliegenden Modelle etliche Mrd. Euro kosten und letztlich
81 dem Einzelnen nur wenige Euro bringen. Entlastungen werden aber auch – und im Einzelfall
82 noch stärker – durch eine gebührenfreie Bildung und gute öffentliche Dienstleistungen er-
83 zielt. Keineswegs aber darf eine Entlastung bei den Sozialversicherungsabgaben dazu füh-
84 ren, dass die genannten zentralen Zukunftsinvestitionen unterbleiben. Sie müssen das
85 Herzstück einer sozialdemokratischen Finanzpolitik ausmachen. Für ein gutes Leben für alle
86 Menschen. Heute und in der Zukunft.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **22**

Antragsteller: Julian Steiner

EU-Schutzzoll

Bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
S&D-Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament

- 1 Die Unterbezirkskonferenz möge die Einführung eines EU-Import-Schutzzolls, für Länder, in
- 2 denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ihr Recht auf Koalitionsfreiheit ausüben
- 3 und Gewerkschaften bilden dürfen, beschließen. Die Höhe des Zolls sollte dabei jenen Wert
- 4 entsprechen, der aufgrund des Lohndumpings nicht berücksichtigt wurde.

Begründung:

"Um den Frieden in der Welt zu erreichen, gilt es gemeinsame Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken." (S.21)

"Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Vorreiter des nachhaltigen Fortschritts. Jeder kann Einfluss nehmen, mit jedem Kauf. [...] Wir wollen daher transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten." (S.51)

Auszüge dem SPD Grundsatzprogramm, Hamburg 2007

Problemstellung und Begründung der Notwendigkeit des Zolls:

In vielen Ländern der Welt herrscht eine regelrechte Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Rund um den Globus, z.B. in China, Bangladesch oder Peru müssen Menschen in unwürdigen, menschenverachtenden und physisch sowie psychisch nicht verantwortbaren Zuständen schuften, um ihre Familie und sich selbst überhaupt die bloße Existenz zu ermöglichen. Von der häufig praktizierten Kinderarbeit ganz zu schweigen. Die von diesen Menschen hergestellten Produkte finden ihren Absatz zu großen Teilen in den post-industriellen Marktwirtschaften Nordamerikas und Teilen Europas bzw. der Europäischen Union. Der scheinbar günstige Preis (unabhängig von der oft schlechten Qualität) verleitet die Menschen zum Kauf dieser Waren. Durch diesen Prozess werden nicht nur die Menschen in vielen Ländern der Welt ausgebeutet, sondern auch der Faktor Arbeit im Verhältnis

zum Dienstleistungssektor künstlich und chronisch überbewertet bzw. Dienstleistungen in Relation zum Faktor Arbeit chronisch unterbewertet. Diese Wettbewerbsverzerrung ist angesichts der Beschaffenheit und der voraussichtlichen weiteren Entwicklung unserer Arbeitsmarktes weder aus menschlichen noch aus ökonomischen Sichtweisen zu billigen; und gerade deshalb sollte die Sozialdemokratie entschieden zum einen gegen diese Menschenrechtsverletzung kämpfen und zum anderen für das ordentliche Einkommen von Angestellten im Dienstleistungssektor sorgen. Welches politische Mittel ein Schritt in diese Richtung sein kann, soll im Folgenden beschrieben werden.

Einführung eines Zolles auf Importprodukte aus Ländern mit mangelnder und nicht ausreichender Koalitionsfreiheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Über die EU-weite Einführung eines Anti-Ausbeutung-Zolles würde dem Absatzmarkt für Produkte, die mit Dumpinglöhnen hergestellt wurden, der Boden entzogen werden. Die Produkte würden für potenzielle Kunden aufgrund der damit einhergehenden Teuerung der Produkte unattraktiv. Damit wären Länder, aus denen derlei Produkte stammen, gut beraten, die Koalitionsfreiheit zu gewährleisten und auch für deren praktische Umsetzung zu sorgen, damit die dortigen Unternehmen dauerhaft existieren können. Die Löhne in den betroffenen Ländern würden steigen; wodurch auf der einen Seite den dortigen Menschen enorm geholfen wäre und auf der anderen Seite den Lohndruck auf den Faktor Arbeit hierzulande mindern und weltweit sinnvoll austarieren würde. Außerdem könnte man die Einnahmen aus dem Zoll einem europäischen Entwicklungskooperationsprogramm zuführen und weltweite Partnerschaften begründen oder ausbauen.

Die Höhe des Schutzzolles lässt sich mit volkswirtschaftlichen Modellrechnungen relativ einfach bestimmen: Letztlich geht es um eine Form von Dumping. Die Herstellungskosten werden dabei unter jenen Preis gedrückt, der bei einem normalen Prozess von Angebot und Nachfrage entstanden wäre - weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt jener Länder keine Möglichkeit haben, einen angemessenen Preis für ihre Arbeitskraft einzufordern. Schon heute kann die EU Anti-Dumping-Zölle erheben, wenn Waren unter ihrem mutmaßlichen Herstellungspreis angeboten werden sollen, und die EU-Kommission macht von diesem Instrument auch regelmäßig Gebrauch. Warum nicht auch dann, wenn Staaten ihren Bürgern die Koalitionsfreiheit verweigern?"

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2011 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 16. April 2011

Antrag **23**

Antragsteller: Julian Steiner

Emmissionszertifikate

Bei vier Gegenstimmen angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
S&D-Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament

- 1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:
- 2 Einführung des Handels mit Emmissionszertifikaten für Konsumgüter.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.